

Liebe Landsleute,

unsere parlamentarischen Initiativen zur Führerschein-Problematik und zur Einrichtung einer individuellen zusätzlichen Altersversorgung können ohne weiteres auf Landesebene umgesetzt werden. Die Ausrüstung der Wehren mit möglichst moderner Technik hingegen kann das Land nicht allein stemmen. Hier ist einmal mehr der Bund gefragt, zumal Feu-

erwehren keine Wirtschaftsunternehmen sind, sondern eine öffentliche Einrichtung der Daseinsvorsorge.

Um die Probleme, mit denen unsere Wehren zu kämpfen haben, nachhaltig zu lösen, ist allerdings eine Veränderung der wirtschaftlichen und der familienpolitischen Rahmenbedingungen notwendig. Weil viele Mitglieder die Woche über in anderen Bundesländern arbeiten, ist die völlige Einsatzbereitschaft vielerorts nicht gegeben.

Es geht deshalb um nicht mehr und nicht weniger als um die Schaffung von Arbeitsplätzen in der engeren Wohnumgebung der Kameraden, damit die Einsatzbereitschaft der Wehren von Montag bis Montag endlich wieder gewährleistet werden kann.

Das erfordert wiederum eine radikale Kehrtwende in der bundesseitigen Ausgabenpolitik. Anstelle einer milliardenschweren Rettungswelle für Pleitestaaten brauchen gerade die strukturschwachen ländlichen Räume eine Frischzellen-Kur

Ihr Tino Müller

diesem Land Gehör finden.

Der Maurer, Jahrgang 1978, ist Vater von zwei Kindern. Beharrlich und konsequent setzt er sich im Petitionsausschuß dafür ein, dass die berechtigten Beschwerden über die katastrophalen Zustände in Sprechen Sie mit uns! Anders als die etablierten Parteien nehmen wir Ihre Probleme ernst. Sie können uns persönlich sprechen und auch per Telefon oder E-Post kontaktieren.

BÜRGERTELEFON 0385-5251305



SCHREIBEN SIE UNS!

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name

Vorname

Jahrgang

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Post





www.npd-fraktion-mv.de



FEUERWEHR-NOTSTAND BEENDEN!

Nachwuchsprobleme und Mitgliederschwund, veraltete Technik und fehlende Einsatzbereitschaft, weil viele Kameraden unter der Woche außerhalb arbeiten. Und als wären die Probleme nicht schon gewaltig genug, kommt auf die Freiwilligen Feuerwehren jetzt noch eine weitere Herausforderung zu: Immer weniger junge Leute verfügen über eine Fahrerlaubnis für LKW.

Seitdem die EU 1999 das Führerscheinrecht änderte, ist es nicht mehr gestattet, Fahrzeuge mit einer Gesamtmasse über 3,5 Tonnen mit der PKW-Fahrerlaubnis zu bewegen. Die Aussetzung der Wehrpflicht hat das Problem noch verschärft, weil bis dahin viele jüngere Kameraden ihren LKW-Führerschein während des Grundwehrdienstes erworben hatten.

NPD-Antrag: Landeszuschüsse für Führerschein-Erwerb gewähren!

Zwar ist es Angehörigen von Rettungsdiensten, Technischem Hilfswerk und Katastrophenschutz dennoch erlaubt, Einsatzfahrzeuge bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht von 7,5 Tonnen zu führen, Voraussetzung ist aber, dass sie eine spezifische Ausbildung absolviert haben. Das Problem dabei: Die meisten Feuerwehr-Fahrzeuge besitzen ein Gewicht von mehr als 7,5 Tonnen.

Die Kosten für die Ausbildung "auf dem Bock" belaufen sich auf über 3.000 Euro. Die Kommunen wären mit der Finanzierung schlicht und ergreifend überfordert. Und auch den Kameraden ist es nicht zuzumuten, die Kosten aus eigener Tasche zu bezahlen.

Die Lösung kann aus Sicht der nationalen Opposition nur in einer angemessenen Beteiligung des Landes an den Aufwendungen bestehen.

NPD-Antrag: Einführung einer Ehrenrente für Angehörige der FFW



In einem weiteren Vorstoß ging es einmal mehr darum, die Attraktivität des Ehrenamtes zu erhöhen, die Politiker der etablierten Parteien in Sonntagsreden immer wieder so gern bemühen. Und so legte die NPD im Mai 2011 eine Initiative vor, die eine Änderung des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes M-V zum Ziel hatte.

Gefordert wurde dabei der Aufbau einer zusätzlichen individuellen Altersversorgung für die ehrenamtlich Tätigen. Die auch als Ehrenrente bezeichnete Anerkennung sollte nach dem Vorbild des Freistaates Thüringen beim Kommunalen Versorgungsverband eingerichtet und aus einem gleich hohen Betrag der Kommunen und des Landes gespeist werden. "Der Mehrbedarf der Kommunen wird im Zuge des kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt", hieß es im Gesetzentwurf der NPD-Fraktion weiter.

NPD-Antrag: Wirklichkeitsgetreue Darstellung des Standes der Technik

Bereits Anfang 2011 wurde von der Landesregierung gefordert, sich einen präzisen Überblick über den Altersstand

der Technik, gegliedert nach Landkreisen und Gemeinden, zu verschaffen.

Eine wirklichkeitsgetreue Darstellung verlangte die NPD auch im Hinblick auf die Entwicklung der Zahl der Wehren und ihrer Mitglieder im vergangenen Jahrzehnt.

Deshalb setzt sich die NPD im Landtag unteranderem dafür ein, dass:

- ► ...alle Wehren im Land eine gleichteilige finanzielle Förderung erhalten und die Leuchtturmpolitik bei wenigen bessergestellten Standorten beendet wird.
- ▶...den Gemeinden als Träger der Wehren Einnahmen aus anderen Steuerquellen zugebilligt werden. Schließlich ist die Feuerwehr auch bei Verkehrsunfällen und Schwerlasthavarien im Einsatz.